

Bilanz: Chile ein Jahr nach der Wirtschaftskrise

KLUGE FISKALPOLITIK UND SOLIDE INTEGRATION IN DIE WELTWIRTSCHAFT EBENEN DEN WEG AUS DER REZESSION

Der chilenische Andenstaat hat laut den am 11. November veröffentlichten Werten der hiesigen Zentralbank im dritten Quartal 2009 zum ersten Mal seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008 ein positives Wirtschaftswachstum verbuchen können. Insgesamt wird aufgrund der Krise für 2009 ein Konjunkturunbruch von circa 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr sowie ein negatives Wachstum von circa 2 Prozent erwartet. Schon im nächsten Jahr dürfte Chile jedoch wieder eine positive Bilanz vorweisen, da in Fachkreisen eine Wachstumsrate der Volkswirtschaft von circa 4 Prozent vorhergesehen wird. Mit diesen Prognosen ist Chile zusammen mit Brasilien eines der beiden Länder in Lateinamerika, das die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise am erfolgreichsten minimiert hat und schon in den kommenden Monaten komplett bewältigt haben dürfte. Dementsprechend hat Chile in letzter Zeit viel Lob von Ökonomen und Journalisten aus aller Welt erhalten. Laut Expertenmeinung gibt es zwei fundamentale Gründe für das gute Abschneiden des Landes in der Krise: (1) Chiles solide und weitreichende Einbindung in die Weltwirtschaft einerseits und (2) die angemessene Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, sowohl vor als auch während der Krise, andererseits. Für die Zukunft muss sich Chile jedoch von seiner Abhängigkeit vom Kupfer befreien und das lokale Bildungsniveau verbessern, möchte das Land den Sprung von einer Rohstoffwirtschaft zu einer Wissensgesellschaft vollbringen.

Auswirkungen der Krise in Chile

Obwohl sich die chilenische Wirtschaft in den vergangenen Monaten inmitten der globalen Wirtschaftskrise als erstaunlich robust erwiesen hat, sind die negativen Auswirkungen selbstverständlich auch hier im Lande nicht spurlos vorbeigezogen. In der Tat musste Chile sowohl im vorigen als auch im laufenden Jahr einen erheblichen Einbruch des Wirtschaftswachstums verkraften, was zur schwersten Rezession seit 1999 führte, als im Zuge der Asienkrise die chilenischen Rohstoffexporte in diese Region einstürzten.

Das Wachstum des chilenischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2008 betrug laut der OECD 2,9 Prozent, im Vergleich zu 4,8 Prozent im Vorjahr. Für 2009 wird ein erneuter Rückgang von fast 5 Prozent und somit ein negatives Wachstum von 2 Prozent prognostiziert. Des Weiteren wird der Staatshaushalt nach einem Überschuss von 6,5 Prozent des BIP im vorherigen Jahr für 2009 ein Defizit von voraussichtlich 3 Prozent aufweisen.

Als eine verhältnismäßig kleine Volkswirtschaft, die zudem stark vom Export von Rohstoff- und Landwirtschaftserzeugnissen abhängig ist, wurde Chile besonders aufgrund der niedrigeren Nachfrage und sinkenden Preise auf dem Weltmarkt hart getroffen. Hervorzuheben ist hier der starke Rückgang im Preis von Kupfer, bei weitem Chiles wichtigstes Exportgut. Seit dem Rekordhoch von \$ 4 pro Pfund im Juli 2008 betrug im jetzigen Jahr der Preis des Edelmetalls zeitweise mit \$ 1,50 weniger als die Hälfte (mittlerweile hat sich der Preis jedoch merklich erholt und liegt nun im Dezember bei \$ 3,20). Außerdem führte die große wirtschaftliche Ungewissheit und höhere Angst vor Arbeitslosigkeit zu einem empfindlichen Rückgang des heimischen Verbrauchervertrauens und -konsums. Der Index der chilenischen Wirtschaftsaktivität – IMACEC – offenbarte im Juni 2009 eine circa 4,11 Prozent niedrigere Binnennachfrage als im selben Monat vor einem Jahr. Folglich nahmen auch die chilenischen Importe im ersten Halbjahr 2009 um insgesamt 35,1 Prozent ab. Des Weiteren haben laut einer im Oktober veröffentlichten Studie im Jahr 2009 weitaus weniger Touristen aus den wichtigen Märkten Europa, Nordamerika und Brasilien das Land besucht. Durch die Krise mussten auch zahlreiche geplante Investitionen und große Bauprojekte zeitweise verschoben werden. Ein prominentes Beispiel ist das 500 Millionen US-Dollar teure Costanera-Center in der Hauptstadt Santiago, welches vorläufig auf Eis gelegt und bisher nicht fertig gestellt wurde.

Im Vergleich zu den Auswirkungen der Krise in den meisten anderen Staaten können diese Symptome jedoch als eher harmlos bezeichnet werden. Laut den Einschätzungen mehrerer Wirtschaftsexperten hat Chile in den vergangenen Monaten die negativen Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weitaus besser bewältigt als viele andere Länder in der Welt. So lobte zum Beispiel die Zeitung Handelsblatt den

Andenstaat im Februar dieses Jahres als einen „Hort der Stabilität“ – sowohl im regionalen als auch im weltweiten Vergleich. Dem Fachmagazin zufolge hat die Börse in Santiago am wenigsten Wert unter allen internationalen Aktienmärkten verloren, während die Zinsen auf chilenische Anleihen weniger stark gestiegen sind als in allen anderen Schwellenländern.

Außerdem kam es bisher zu keinen nennenswerten Unternehmenspleiten – auch im Bankenbereich. Hier kam dem Land sicherlich die Erfahrung aus den Jahren 1981 bis 1984 zugute, als Chile eine eigene Bankenkrise mit verheerenden Folgen erlitt, und die Regierung die Schulden zahlreicher privater Banken übernehmen musste, um einen Zusammenbruch des Bankensektors zu verhindern. Als Reaktion auf die Bankenkrise wurde die *Superintendencia de Bancos e Instituciones Financieras* (SBIF) gegründet. Seitdem kann das Land ein solides Bankwesen mit rigoroser Bankenaufsicht, vergleichsweise hoher Liquidität und Solvenz sowie hoher Rentabilität vorweisen. Dank den Lektionen aus den 80er Jahren blieb der Bankenbereich in Chile auch während der jetzigen Finanzkrise relativ stabil, und brauchte im Gegensatz zu vielen Banken in Nordamerika oder Europa keinen so genannten „Bailout“-Rettungsplan. Die chilenische Regierung konnte sich stattdessen voll und ganz auf die Ausarbeitung eines Konjunkturprogramms für die eigentliche Wirtschaft konzentrieren.

Auch war der Wirtschaftsabschwung in Chile aufgrund einer Reihe erfolgreicher antizyklischer Regierungsmaßnahmen verhältnismäßig gering und möglicherweise nur von vorübergehender Bedeutung. Laut einem Bericht vom 11. November 2009 der chilenischen Zentralbank musste Chile einen Abschwung von 1,3 Prozent für das dritte Quartal im Vergleich zum Vorjahr verkraften. Gegenüber dem vorigen Quartal wurde allerdings schon wieder ein Wachstum von 5,3 Prozent gemessen, was den Beginn einer allmählichen Erholung von der globalen

Wirtschaftskrise signalisieren könnte. Das Wachstum der chilenischen Wirtschaft für 2010 wird von der Zentralbank auf zwischen 4,5 und 5,5 Prozent geschätzt. Die Zentralbank erwartet auch eine weitere Senkung der Verbraucherpreise und der Inflationsrate in den kommenden Monaten, was das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr weiter ankurbeln dürfte. Die negativen Effekte der Krise könnten dem Bericht zufolge in den nächsten Monaten daher schon wieder komplett bewältigt sein.

Gute Integration in die Weltwirtschaft

Das relativ gute Abschneiden Chiles kommt für viele Experten nicht überraschend. Schon in den Jahren vor der Krise hatte sich der Andenstaat immer mehr zum „marktwirtschaftlichen Musterland Südamerikas entwickelt“ – so die Einschätzung der Zeitschrift WirtschaftsWoche in einem Ende 2005 veröffentlichten Artikel. In den internationalen Rankings wird Chile regelmäßig als eine der transparentesten, sichersten und stabilsten Wirtschaften weltweit bewertet. Internationale Finanzdienstleister verleihen dem Land in der Regel den niedrigsten Risikograd in Lateinamerika. Bis Ende der 60er Jahre war Chile trotz des hohen Rohstoffreichtums ein relativ armes und wenig entwickeltes Land. Diese Situation änderte sich jedoch radikal, als die chilenische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre konsequent privatwirtschaftlich und wettbewerbsorientiert ausgerichtet wurde, und sich fortan immer stärker am Weltmarkt orientierte. Heute ist Chile gemessen am Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar das reichste Land Lateinamerikas. In den Jahren vor der Krise lag das Wirtschaftswachstum stets um die 2 Prozentpunkte über dem südamerikanischen Durchschnitt, während die Inflationsrate in der Regel nur halb so stark war wie in den Nachbarstaaten. Im Gegensatz zu den meisten Regierungen Lateinamerikas, die in vorigen Jahren Schulden in Höhe von circa 1,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts aufnehmen mussten, war Chile auch in der

beneidenswerten Lage, einen staatlichen Budgetüberschuss in Höhe von durchschnittlich 4 Prozent zu erwirtschaften. Chiles Erfolg liegt laut der WirtschaftsWoche auch an den Unternehmen des Landes. Mittlerweile sind die meisten Bereiche liberalisiert und privatisiert worden, wie auch die ehemalige staatliche Fluglinie LAN im Jahr 1994, die trotz Anfangs wenig aussichtsreicher Lage seitdem zu einem der regionalen Marktführer avanciert ist.

Obwohl das Land als eine der offensten Volkswirtschaften Lateinamerikas stark abhängig von der Weltkonjunktur ist, glauben Wirtschaftsexperten wie Nicolás Eyzaguirre, ehemaliger chilenischer Finanzminister und jetziger Abteilungsleiter für den Westen im Internationalen Währungsfond, dass Chiles gute Einbindung in die Weltwirtschaft auch ein wichtiger Grund für das gute Abscheiden des Landes in der Krise ist. Eyzaguirre prophezeite während eines Vortrags in Santiago im Oktober, dass Länder wie Chile, die Hersteller von Rohstoffen seien und eine starke internationale Integration in den Weltmarkt aufwiesen, am besten aus der Krise hervortreten würden. Chile hat mit inzwischen 20 Verträgen, die 56 Länder einbeziehen, mehr Freihandelsabkommen abgeschlossen als jedes andere Land der Welt, und hat somit einen privilegierten Zugang auf rund 85 Prozent des Weltmarkts. Zudem bewirbt sich das Land gegenwärtig für eine Aufnahme in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Es wird allgemein erwartet, dass diesem Antrag am 15. Dezember zugestimmt wird, und Chile somit das erste Mitgliedsland aus Südamerika wird (und nach Mexiko erst das zweite aus Lateinamerika). Die Regierung erhofft sich durch den Beitritt, das Ansehen der chilenischen Wirtschaft in der Welt noch weiter zu verbessern, um so internationale Investoren anzulocken. Für diese ist Chile trotz des relativ kleinen Marktes aufgrund der wirtschaftlichen Stabilität eine interessante Option.

Dank der weltweiten Diversifikation im Außenhandel konnte Chile in den drei Jahren vor der Krise seine Exporte, angeheizt vom Rohstoffboom, fast verdoppeln und ist heute das exportstärkste Land Lateinamerikas. Die gute Einbindung in die Weltwirtschaft, insbesondere mit Asien, ermöglichte dem Land auch den durch die Krise verursachten Problemen effektiv entgegenzusteuern. So wurde der starke Rückgang des chilenischen Exportvolumens in 2009 aufgrund der niedrigeren Nachfrage in den USA und in Europa zum Teil mit steigenden Exporten nach Fernost und ins umliegende Südamerika kompensiert. China stand im ersten Halbjahr 2009 mit 21 Prozent der chilenischen Exporte an erster Stelle der Abnehmerländer. Darüber hinaus belastet die weltweite Wirtschaftskrise den chilenischen Außenhandel nicht nur, sondern liefert laut Handelsblatt auch mehrere Vorteile. So profitiert das auf Energieimporte angewiesene Land von niedrigen Ölpreisen, von gesunkenen Frachtkosten (welche wiederum die Preise für chilenische Produkte im Ausland nach unten drücken) oder von der Abwertung des Pesos, was die Wettbewerbsfähigkeit von chilenischen Produkten wie Lachs, Wein und anderen Agrarerzeugnissen erhöht.

Kluge Fiskalpolitik der Bachelet-Regierung

Eyzaguirre lobte während seines Vortrags auch ausdrücklich die Regierung Chiles für die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die umsichtige und konsequente Haushaltspolitik sowie die Einhaltung von fundamentalen makroökonomischen Regeln hätten erfolgreich dazu beigetragen, allzu starke „wirtschaftliche Achterbahnen“ im Lande zu verhindern. „Aufgrund der unterschiedlichen Regierungsmaßnahmen wird der Aufschwung in den Ländern Lateinamerikas höchst asymmetrisch ausfallen. Chile führt hier klar das Feld an, mit Brasilien fast gleichauf“, so der hochrangige Vertreter des IWF. In den letzten Monaten hat Chile in diesem Punkt viel Anerkennung bekommen. Insbesondere die Entscheidung der Bachelet-Regierung, die Rekorderlöse aus

dem Kupferexport während der letzten Hochkonjunktur nicht sofort wieder zu investieren sondern lieber für schlechte Zeiten beiseite zu legen, wird nun von Experten als höchst angebracht bewertet.

Die renommierte New York Times berichtete im Oktober, dass sich die Präsidentin Michelle Bachelet in den ersten drei Jahren ihrer Amtszeit kontinuierlich gegen die Forderungen von linksgerichteten Politikern stellen musste, mit den Staatseinkünften aus dem Kupferverkauf die nach wie vor bestehende gesellschaftliche Ungleichheit zu schließen. Dank ihrer Entscheidung ist Chile laut der amerikanischen Tageszeitung nun in der beneidenswerten Lage, mit den eingesparten Rohstoffeinnahmen eine Reihe antizyklischer Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen finanzieren zu können um so den Abschwung abzufedern. Hinzu kommt, dass das Land im Jahr 2008 einen Haushaltsüberschuss von sechs Prozent erwirtschaftet hat und mit einer Verschuldung von rund vier Prozent inzwischen fast schuldenfrei ist. Dies ermöglichte der Regierung und Zentralbank, der chilenischen Wirtschaft Liquidität und Kredite während der Krise anzubieten. Seit Jahresbeginn hat die Zentralbank in mehreren Schritten den Zins um 775 Basispunkte auf zwischenzeitlich 0,5 Prozent gesenkt.

Mit dem eingesparten Kapital konnte Bachelet am 6. Januar dieses Jahres problemlos das größte Konjunkturpaket in der Geschichte Chiles verkünden, ohne gleichzeitig die Steuern anheben zu müssen, das Land zu verschulden oder den staatlichen Haushalt und die Konjunktur zu belasten. „Die Wirtschaftspolitik der vergangenen 15 Jahre hat dazu beigetragen, dass Staaten wie Chile das erste Mal in der Geschichte in der Lage waren, erfolgreiche antizyklische Maßnahmen durchzuführen ohne die langfristigen Wachstumsperspektiven zu verschlechtern“, erklärt der Finanzexperte Robert Nembr in einem aktuellen Marktkommentar.

„Chile konnte mühelos den eigenen Staatsfonds anzapfen, um Investitionen in Infrastruktur-Projekte anzuschieben, die einen Gesamtwert von rund 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes haben“.

Besagtes Programm in Höhe von 4 Milliarden US-Dollar umfasste eine Reihe von Subventionen und Steuererstattungen für sozialschwache Bürger, wirtschaftliche Anreize für Infrastruktur und öffentliche Projekte, sowie eine Kapitalausstattung in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar für den staatlichen Kupferhersteller Codelco (Corporación Nacional del Cobre de Chile). Mit etwa 2,8 Prozent des BIP ist dieses Konjunkturpaket das fünftgrößte der Welt und größte in Lateinamerika. Zuvor hatte die Regierung im November 2008 ein 1,15 Milliarden US-Dollar Programm von Darlehen an mittelständische Familien und Unternehmen geschnürt, die rund 90 Prozent der chilenischen Arbeitnehmer ausmachen. Mit dem gut gefüllten Staatsfonds konnte die Regierung trotz des Konjunkturschwunds auch eine Reihe von sozialgerichteten Maßnahmen finanzieren, wie die Verdreifachung von kostenlosen Einrichtungen zur Kinderbetreuung oder eine gesetzliche Mindestrente für sehr arme und einkommensschwache Haushalte. „All diese Maßnahmen sind dafür gedacht, die Nachfrage im Lande anzukurbeln, um so die niedrigere Nachfrage im Ausland zu kompensieren“, erklärte Finanzminister Andrés Velasco gegenüber Reportern im Frühjahr. Ein halbes Jahr später bestätigte Velasco während des Latin American Investment Summit in Santiago, dass dieses Konjunkturprogramm dieses Ziel erreicht habe: „In Chile haben wir es geschafft, die negativen Effekte der Wirtschaftskrise erstaunlich gut abzdämpfen, wenngleich nicht komplett zu eliminieren. Aufgrund unserer Maßnahmen wird Chile eines der Länder sein, das am schnellsten aus der Rezession hervorkommen wird“. Insgesamt summieren sich die Staatsausgaben der chilenischen Regierung

in der Krise auf mehr als 10 Milliarden US-Dollar.

Die anscheinende Verbesserung der Wirtschaftslage spiegelt sich auch in den jüngsten Meinungsumfragen des anerkannten chilenischen Forschungsinstituts Centros de Estudios Públicos (CEP) wieder. In der letzten Umfrage vom 11. November bewerteten 25 Prozent der Befragten die aktuelle wirtschaftliche Situation mit gut bis sehr gut. Während des Zenits der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008 waren es nur 11 Prozent gewesen. Nur noch 23 Prozent beurteilen die heutige Lage als schlecht bis sehr schlecht, im Vergleich zu 47 Prozent letzten Dezember. Des Weiteren erwartet fast die Hälfte der Befragten eine Verbesserung in den kommenden Monaten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeit der Bachelet-Regierung eine hohe Zustimmung von 78 Prozent bekommt – bei weitem der höchste Wert, den je eine Regierung in den 20 Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie erhalten hat. Die Präsidentin selbst ist mit 83 Prozent die bei weitem beliebteste politische Figur im Lande. Auch die New York Times lobte jüngst Bachelets Regierungsstil und insbesondere die Art und Weise, wie die Präsidentin die Krise bisher bewältigt habe. Laut der Zeitung ist sie zusammen mit Brasiliens Präsident Lula eine von wenigen in der Gruppe der Regierungschefs Lateinamerikas, die durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ihr Ansehen und ihre Popularität verbessern konnte.

Von einer Rohstoffwirtschaft zu einer Wissensgesellschaft

Der internationalen Wirtschaftskrise zum Trotz bleibt Chile somit das Land in Südamerika mit den besten Aussichten, den Sprung vom Schwellen- zu einem entwickelten Land zu vollziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sich Chile in der Zukunft laut Expertenmeinung jedoch von seiner Abhängigkeit vom Kupfer befreien, da die-

ses begehrte Metall weiterhin knapp die Hälfte des Exports ausmacht und für den größten Teil des Wohlstands des Landes aufkommt. Die starke Abhängigkeit von der weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen bleibt somit die Achillesferse der chilenischen Wirtschaft. Die letzten Monate haben dieses Problem allzu deutlich gemacht. Vor der Krise führte der Rekordpreis von Kupfer zu einem Fluss von Dollar ins Land und einer dementsprechenden Aufwertung des Pesos, was wiederum die anderen Exportgüter Chiles aus der Landwirtschaft und der Industrie verteuerte und die übrige Wirtschaft stark belastete. Auch während der Krise erwies sich die Abhängigkeit vom Kupfer als Segen und Fluch zugleich, da die niedrige Nachfrage auf dem Weltmarkt den Preis von Chiles wichtigstem Exportgut mehr als die Hälfte nach unten drückte.

Dazu kommt laut Busch von der WirtschaftsWoche, dass der kapitalintensive Bergbau nur wenig Arbeitsplätze schafft, und so Chiles Arbeitslosenquote selbst während der stürmischen Konjunktur vor der Krise bei circa neun Prozent lag. Ein weiterer Grund dafür ist auch die schlechte Ausbildung der Arbeitskräfte (von denen laut der OECD 57 Prozent nur schlecht lesen und schreiben können) sowie der schwache Stand der Forschung. Die chilenische Regierung hat dieses Problem jedoch erkannt und bemüht sich nun intensiv, durch eine gezielte Innovationsstrategie die Forschung und Bildung im Land zu fördern. Auch besteht im Land nach wie vor eine große soziale Ungleichheit. Ein Bericht der UNO-Behörde für Lateinamerika (CEPAL) vom 19. November prophezeit aufgrund der Krise für das Jahr 2009 einen Armutszuwachs von 9 Millionen Personen (1,1 Prozent) in der Region. Chile gehört zur Gruppe mit den noch positivsten Ergebnissen in der Armutsbekämpfung, bleibt jedoch sozial gesehen immer noch tief gespalten. In einem Land, das durch große Einkommensunterschiede gekennzeichnet ist, muss eine gute Erziehung

als das vielleicht wichtigste Mittel zur Erlangung von mehr Chancengleichheit anerkannt werden.

Dementsprechend ist sich die chilenische Politik und Wirtschaft bewusst, dass man sich nicht auf dem Erreichten ausruhen kann und eine Diversifizierung der Wirtschaft notwendig ist, um ein nachhaltiges Wachstum in der Zukunft zu gewährleisten. So wurde zum Beispiel vor kurzem ein Bildungsfonds in Höhe von sechs Milliarden Dollar eingerichtet, um dem lokalen Mangel an qualifizierten Lehrern entgegenzuwirken und den jährlich 6500 chilenischen Studenten die Promotion oder Forschung an einer ausländischen Universität zu ermöglichen. „Jetzt müssen wir einen neuen Entwicklungsschritt machen, von der Rohstoffwirtschaft zur Wissensgesellschaft“, sagt Raúl Rivera vom Institut Foro Pro Innovación.

Mit großer Spannung werden auch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 13. Dezember erwartet. Laut aktuellen Meinungsumfragen würde der Kandidat der Mitte-Rechts-Opposition, Sebastián Piñera, etwa 36 Prozent der Stimmen der registrierten Wähler erhalten, während der Anwärter des regierenden Mitte-Links-Bündnisses, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, auf 26 Prozent kommt. Somit würden sich beide Top-Kandidaten am 17. Januar 2010 in einer Stichwahl gegenüberstehen, um den nächsten Präsidenten Chiles zu ermitteln. Hier dürfte sich Piñera gute Chancen ausrechnen, die seit zwanzig Jahren regierende Concertación von der Macht zu verdrängen. Den Prognosen zufolge würde er in einem direkten Duell gegen Frei die Nase vorn haben: 43 gegenüber 37 Prozent.

Beide Anwärter auf das höchste politische Amt im Land haben sich in den letzten Monaten als die beste Option präsentiert, um Chile aus der Krise zu führen. Der Christdemokrat Frei glaubt, dass der Staat auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Wirtschaftspolitik spielen muss, während

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

4. Dezember 2009

www.kas.de

der wirtschaftsliberale Unternehmer Piñera einen weniger aktiven Staat bevorzugt und in den letzten Monaten die zu hohen Ausgaben oder Markteingriffe der Regierung kritisierte. Allerdings dürfte sich anders als bei den Nachbarn in Südamerika ein politischer Wechsel wenig auf Chiles marktwirtschaftlichen Kurs der letzten Jahre auswirken. So besteht Konsens zwischen allen Kandidaten, dass es angesichts des kleinen Binnenmarkts keine Alternative zu einer starken Einbindung in die Weltwirtschaft gibt. Auch dies wurde durch die Krise an den Tag gelegt, da der eigene Binnenkonsum des Landes mit seinen 17 Millionen Einwohnern kaum die schwächere Nachfrage auf dem Weltmarkt wettmachen konnte, wie es größere aufstrebende Volkswirtschaften wie Brasilien oder Indien zum Teil versuchten. Wegen des beispiellosen Erfolges will man am bisherigen marktwirtschaftlichen Modell, dem soliden Haushalt, und der Integration in den Welthandel festhalten. Protektionistische Maßnahmen und eine Abkehr des Außenwirtschaftskurses der vergangenen Jahre sind daher nicht zu erwarten, egal wer letztendlich in die Moneda, dem chilenischen Präsidentenpalast, einzieht.